

Presseinformation

29/18

Berlin, 9. August 2018

Gr/AEi

Deutsche Bauindustrie zur Entsorgung mineralischer Bauabfälle

- **Regionale Entsorgungssituation weiterhin angespannt**
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller werden**

Die regionale Entsorgungssituation bei mineralischen Bauabfällen bleibt aus Sicht der Deutschen Bauindustrie angespannt. „Es kann nicht sein, dass unsere Unternehmen teils über 100 Kilometer fahren müssen, um eine geeignete Deponie zu finden“, erklärte Dieter Babel, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, heute in Berlin. Die Ermittlung des Deponiebedarfes in den Bundesländern sei ein erster wichtiger Schritt, um hier Abhilfe zu schaffen, aber jetzt müsse gehandelt werden. „Dazu müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich schneller werden. Wir können es uns nicht mehr leisten, für die Errichtung einer Deponie von der Planung bis zur Inbetriebnahme rund zehn Jahre zu brauchen. Damit steuern wir garantiert auf einen Deponienotstand zu“, ergänzte Babel. Babel erwartet zudem, dass sich die Situation durch die sogenannte Mantelverordnung, die sich derzeit im politischen Abstimmungsprozess befindet, noch verschärfen werde, da sie strengere Regeln für die Verwertung mineralischer Abfälle vorsehe und es dadurch zu einem Anstieg der Abfallmenge komme.

Als Ursache für die langen Genehmigungsverfahren bezeichnete Babel neben der unzureichenden Personalausstattung in den Behörden große Widerstände von Bürgern, die oftmals erst von Gerichten geklärt würden. „Deponien sind ein zentraler Bestandteil der Kreislaufwirtschaft, ohne die eine Recyclingquote von bis zu 90 Prozent, wie sie in der Bauwirtschaft schon jetzt erreicht wird, nicht zu halten wäre. Dies muss gegenüber Bürgern, aber auch Behörden klar herausgestellt werden“, forderte Babel. Es müsse zudem deutlich gemacht werden, dass auch kommunale Vorhabenträger die negativen Auswirkungen der Deponieknappheit zu tragen hätten, wenn es gilt, Projekte wie Schulen, Kindergärten oder Gemeindehäuser zu realisieren. Gleichzeitig müssten auch alternative Konzepte geprüft werden, wie „Deponie auf Deponie“ oder „Deponie auf Halde“, ergänzte Babel.

**Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.**

Dr. Heiko Stiepelmann
Pressesprecher

Kurfürstenstraße 129

10785 Berlin

Telefon 030 21286-140

Fax 030 21286-189

heiko.stiepelmann@bauindustrie.de

www.bauindustrie.de

Durch die angespannte Deponiesituation bleibt auch der Druck auf die Entsorgungspreise weiterhin hoch. Laut einer aktuellen Umfrage des Hauptverbandes unter seinen Mitgliedsverbänden erwarten die Unternehmen weiterhin steigende Kosten. Als Ursache wurden insbesondere mangelnde regionale Deponiekapazitäten beziehungsweise fehlende regionale Wiederverwertungsmöglichkeiten angegeben. „Es wird immer schwieriger, überhaupt geeignete Deponien zu finden“, hieß es zur Begründung. Dabei würden nicht nur die Gebühren für die Deponie zu Buche schlagen, sondern auch die steigenden Aufwendungen für Beprobungen und Abfalltransporte.

Laut aktuellen Erhebungen der Interessengemeinschaft Deutscher Deponiebetreiber (InwesD) wird das bundesweite Deponierestvolumen mit den in der Mantelverordnung ausgewiesenen zusätzlichen Mengen von 13 Millionen Tonnen pro Jahr 10,8 Jahre betragen, ohne Mantelverordnung rund 13,3 Jahre. Die in der Mantelverordnung ausgewiesenen Mehrkosten beliefen sich auf 195 Millionen Euro pro Jahr. Da jedoch in den Abschätzungen des Bundesumweltministeriums marktwirtschaftliche Mechanismen und Auswirkungen eines möglichen Mengenanstiegs aufgrund der Baukonjunktur unberücksichtigt blieben, seien nach den Erhebungen von InwesD Kostensteigerungen auf bis zu 2,5 Milliarden Euro pro Jahr nicht auszuschließen.

Text mit Foto im Internet abrufbar: www.bauindustrie.de